

Vereinte Nationen Presseerklärung des Sicherheitsrats zur Situation in Myanmar

NEW YORK, 2 Februar 2022 – Die Mitglieder des Sicherheitsrats bekundeten ihre tiefe Besorgnis darüber, dass das Militär am 1. Februar 2021 den Ausnahmezustand in Myanmar verlängert hat, sowie über dessen gravierende Auswirkungen. Sie forderten erneut die Freilassung aller nach wie vor willkürlich inhaftierten Personen, einschließlich der Staatsberaterin Aung San Suu Kyi und des Präsidenten Win Myint.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats bekräftigten ihre Unterstützung für den demokratischen Übergang in Myanmar, einschließlich der Notwendigkeit demokratischer Institutionen und Prozesse unter voller Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit aufrechtzuerhalten. Sie forderten außerdem erneut dazu auf, im Einklang mit dem Willen und den Interessen des Volkes von Myanmar einen Dialog mit allen beteiligten Parteien zu führen und die Aussöhnung anzustreben.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats bekundeten ihre tiefe Besorgnis über die auch jüngst anhaltende Gewalt in Myanmar. Sie sahen mit Interesse seinem möglichen Besuch in Myanmar entgegen, bei dem er mit allen beteiligten Parteien zusammenkommen und Vermittlungsarbeit leisten wird, die den Dialogprozess sowie die Bereitstellung humanitärer Hilfe erleichtert.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats unterstrichen die wichtige Rolle der Sondergesandten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für Myanmar und ermutigten sie, die Kommunikation mit allen maßgeblichen Parteien in Myanmar aufrechtzuerhalten und intensive Kontakte zu ihnen zu pflegen. Sie sprachen sich außerdem dafür aus, dass die Tätigkeit der Sondergesandten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen und die des ASEAN einander ergänzen.

Die

darüber, dass die jüngsten Entwicklungen zusätzliche und besonders schwerwiegende Hindernisse für die freiwillige, sichere, würdevolle und dauerhafte Rückkehr der Rohingya Flüchtlinge und Binnenvertriebenen darstellen. Sie ermutigten die beteiligten Parteien zu diplomatischen Bemühungen, um die Probleme der Rohingya überwinden zu helfen. Sie nerten an die unabdingbare Notwendigkeit, die Rechte von Minderheiten uneingeschränkt zu schützen.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats bekundeten erneut ihre Unterstützung für das Volk Myanmars und für den demokratischen Übergang des Landes sowie ihr drückliches Bekenntnis zur Souveränität, politischen Unabhängigkeit, territorialen Unversehrtheit und Einheit Myanmars
